

Ausgabe 1/95

Das Stichwort

Satellitensystem Haushaltsproduktion zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Zur Verknüpfung unbezahlter Arbeit im Haushalt mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ...

Im Kontext der Diskussion um die gesellschaftliche Bewertung der Arbeiten im Haushalt wurde in den letzten Jahren zunehmend von politischer, wissenschaftlicher und öffentlicher Seite gefordert, unbezahlte Arbeiten im Haushalt, die überwiegend von Frauen geleistet werden, in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und speziell ins Bruttoinlandsprodukt einzubeziehen. Vor allem die im Haushalt erbrachten Dienstleistungen – wie beispielsweise Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung von Kranken und Behinderten, tägliche Verpflegung, Einkaufen, handwerkliche Tätigkeiten oder auch Ausübung von Ehrenämtern – sind bisher nicht als wertschöpfende Vorgänge im Inlandsprodukt berücksichtigt; sie bleiben in der Wirtschaftsberichterstattung unsichtbar.

... und zur Fundierung von Untersuchungen über Verlagerungen zwischen Markt- und Haushaltsproduktion sowie den Funktionswandel der Haushalte ...

Ferner wird die Quantifizierung der Leistungen im Haushalt auch gefordert, um Verlagerungen zwischen Markt und Haushaltsproduktion näher untersuchen zu können. Ein unterschiedliches Verhältnis von Haushaltsproduktion und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfaßter Produktion kann für einige Analyseziele sowohl internationale als auch intertemporale Vergleiche des Inlandsprodukts relativieren. Die Beschreibung des Verhältnisses und der Entwicklung von Markt- und Haushaltsproduktion bildet zudem die Grundlage von Untersuchungen, die den Funktionswandel der Haushalte im Zeitablauf thematisieren. Hingewiesen sei auf die Thesen einer Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft oder hin zu einer Selbstbedienungswirtschaft.

... wurde ein Satellitensystem „Haushaltsproduktion“ entwickelt.

Die direkte Einbeziehung der Haushaltsproduktion ins Inlandsprodukt würde dessen Eignung für vielfältige Verwendungszwecke im Rahmen der kurz- sowie mittelfristigen Wirtschaftsanalyse erheblich beeinflussen und wäre überdies mit großen statistischen Problemen sowie Fehlerspielräumen verbunden. Daher wurde im Statistischen Bundesamt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie und Senioren ein Satellitensystem „Haushaltsproduktion“ zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt. Das Konzept des Satellitensystems bietet die Möglichkeit, Haushaltsproduktion mit Inlandsproduktberechnung zu verknüpfen und damit den eingangs genannten Forderungen nachzukommen, ohne die bisherigen Verwendungszwecke der Sozialproduktberechnung zu gefährden.

Dessen Wertbaustein schätzt den gesamten Wert der Haushaltsproduktion ab – unter anderem durch Quantifizierung und Bewertung unbezahlter Arbeit im Haushalt.

Im Wertbaustein des Satellitensystems wird zunächst der jährliche Umfang unbezahlter Arbeit auf der Basis von Ergebnissen der Zeitbudgeterhebung berechnet, die 1991/92 bei 7 200 Haushalten in den alten und neuen Bundesländern durchgeführt wurde. Dabei zeigt sich, daß der Umfang der unbezahlten Arbeit (77 Mrd. Stunden 1992) deutlich höher ist als der der bezahlten Arbeit. Anschließend wird das Jahresvolumen an unbezahlter Arbeit monetär bewertet. Einen einzigen Lohnsatz, der für alle Analyseziele gleichermaßen geeignet wäre, gibt es dabei nicht. Vielmehr erfolgt die Bewertung nach mehreren Verfahren, die zu Ergebnisspielräumen von über 100 % führen. Zusätzlich zur unbezahlten Arbeit werden auch die anderen Komponenten der Haushaltsproduktion quantifiziert. Dazu zählen als weitere Wertschöpfungskomponenten insbesondere die Löhne für Hausangestellte und die Abschreibungen auf dauerhafte Gebrauchsgüter, die bei der unbezahlten Arbeit im Haushalt genutzt werden (z. B. Waschmaschine, Herd, teilweise auch Kraftfahrzeuge). Die gesamte Bruttowertschöpfung im Rahmen der Haushaltsproduktion erreichte 1992 selbst bei vorsichtiger Bewertung der unbezahlten Arbeit im Sinne einer Untergrenze eine Größenordnung von 38 % des Bruttoinlandsprodukts und damit einen etwas größeren Umfang als die Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe. Zudem werden auch Ausgaben für die übrigen Käufe von Waren und Dienstleistungen im Rahmen der Haushaltsproduktion ermittelt, um den gesamten Wert der Produktion abschätzen zu können.

Im Mengenbaustein wird der Zeiteinsatz für verschiedene Haushaltsaktivitäten sozioökonomisch untergliedert dargestellt.

Während der Wertbaustein im Satellitensystem makroökonomisch orientiert ist, steht im Mengenbaustein die differenzierte Darstellung des Zeiteinsatzes für die Aktivitäten der Haushaltsproduktion und die tiefe sozioökonomische Untergliederung des Zeiteinsatzes im Vordergrund. Dabei ist aufzuzeigen, welche Personen für wen (eigenen Haushalt, fremden Haushalt, soziale Organisation) welche Leistungen erbringen. Zusätzliche Informationen in Mengeneinheiten, wie die Verfügbarkeit von dauerhaften Gebrauchsgütern oder von Kinderbetreuungseinrichtungen, können zudem integriert werden. Angesichts der Probleme bei der Bewertung der Arbeitszeiten kommt dem Mengenbaustein im Satellitensystem mindestens eine ebenso große Bedeutung wie dem Wertbaustein zu. So läßt sich beispielsweise die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt besser auf der Zeit- als auf der Wertebene untersuchen. Ferner können auch auf der Mengenebene Verlagerungen zwischen Markt- und Haushaltsproduktion abgebildet werden.

Methoden der Bundesstatistik – Weiterentwicklung

Verfahren der neuen Sozialhilfestatistik

Die Reform ab Berichtsjahr 1994 liefert unter anderem ...

Im Rahmen der sozialpolitischen Diskussion gewinnen Ergebnisse der Sozialhilfestatistik mehr und mehr an Bedeutung. Nicht zuletzt deswegen wurde die bisherige, 30 Jahre im wesentlichen unverändert durchgeführte amtliche Sozialhilfestatistik in methodischer und inhaltlicher Hinsicht ab dem Berichtsjahr 1994 an die aktuellen Erfordernisse angepaßt.

... zur laufenden Hilfe für den Lebensunterhalt Angaben über Bezugsart, -höhe und -dauer, Einkommen, Bruttokaltmiete, berufliche oder schulische Qualifikation, Gründe der Sozialhilfegewährung ...

Das Hauptgewicht der Reform liegt dabei eindeutig bei der „Sozialhilfe im engeren Sinne“, nämlich bei den *Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt*. Für diese im Blickfeld der Armutsdiskussion stehende Personengruppe wurde ein Berichtssystem entwickelt, das regelmäßig sowohl die vierteljährlichen Zu- und Abgänge erfaßt als auch den Bestand zum Jahresende. Zudem ermöglicht ein auf den Quartalsmeldungen basierendes Fortschreibungsverfahren die Ermittlung vorläufiger, unterjähriger Bestandszahlen, so daß die wichtigsten Eckinformationen künftig erheblich früher vorliegen werden als nach dem bisherigen Verfahren. Im Rahmen der Neustrukturierung wurden schließlich auch inhaltliche Verbesserungen und Weiterentwicklungen vorgenommen. So werden künftig neben aussagefähigeren sozioökonomischen Grunddaten (z. B. differenzierte Erfassung des Ausländerstatus) auch detaillierte Angaben über die Art, Höhe und Dauer des Leistungsbezuges erhoben. Ferner liefert die neue Statistik Angaben zur Einkommenssituation und Bruttokaltmiete der Bedarfsgemeinschaft sowie zur schulischen oder beruflichen Qualifikation und Erwerbstätigkeit der Hilfebezieher. Darüber hinaus stellt die Statistik in Zukunft auch bessere Informationen über die Zusammenhänge zwischen Sozialhilfegewährung und Arbeitslosigkeit zur Verfügung und liefert Hintergrundinformationen über besondere soziale Problemsituationen, die in engem Zusammenhang mit der Leistungsanspruchnahme stehen, wie z. B. Trennung und Scheidung, Suchtabhängigkeit, Überschuldung und Wohnungslosigkeit.

... sowie vierteljährlich über den Empfängerbestand, unterteilt nach Lang- und Kurzzeitempfängern.

Leistungsempfänger, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach Tages- oder Wochensätzen ausgezahlt wird, konnten bisher aus methodischen Gründen nicht in die Empfängerstatistik einbezogen werden. Angesichts der wachsenden Bedeutung dieser Gruppe von Bedürftigen, bei denen es sich insbesondere um alleinstehende Wohnungslose handelt, ist es jedoch unabdingbar, daß die amtliche Sozialhilfestatistik auch hierüber Informationen bereitstellt. In der neuen Sozialhilfestatistik werden die wesentlichen Angaben über den Bestand der *Kurzzeitempfänger* mittels eines vereinfachten Verfahrens jeweils zum Quartalsende erhoben und können mit den vierteljährlich fortgeschriebenen Bestandsdaten der „Langzeitempfänger“ zu einem Gesamtergebnis zusammengeführt werden.

Ferner werden etwa Pflegeleistungen der Sozialhilfe tiefer gegliedert dargestellt als bisher.

Bei der statistischen Erfassung der Sozialhilfeempfänger, die *Hilfe in besonderen Lebenslagen* erhalten, sowie bei der Statistik der *Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe* wird jeweils das bisherige Erhebungsverfahren im Grundsatz beibehalten. Verbesserungen wurden hier jedoch unter anderem im Bereich der Hilfe zur Pflege vorgenommen. Eine wesentlich tiefergehende Untergliederung bei den von der Sozialhilfe erbrachten Pflegeleistungen sorgt dafür, daß dieser in gesellschaftlicher und finanzieller Hinsicht sehr bedeutsame Aufgabenbereich künftig transparenter wird als dies bislang der Fall war.

Europa-Echo

Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes in der EU

Der Maastrichter Vertrag erfordert vergleichbare Verbraucherpreisindizes in der EU.

Der Maastrichter Vertrag verlangt von den Mitgliedstaaten die Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität als Eintrittskriterium in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Das Protokoll über die Konvergenzkriterien legt darüber hinaus fest, daß die Inflation „anhand des Verbraucherpreisindexes auf vergleichbarer Grundlage unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen in den einzelnen Mitgliedstaaten“ gemessen werden soll. In die Wirtschafts- und Währungsunion dürfen demnach nur jene Mitgliedstaaten eintreten, deren durchschnittliche Inflationsrate des letzten Jahres „um nicht mehr als 1½ Prozentpunkte über der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.“

Die verfügbaren nationalen Verbraucherpreisindizes unterscheiden sich jedoch in vielfacher Hinsicht.

Die Verbraucherpreisindizes der Mitgliedstaaten unterscheiden sich allerdings in vielfältiger Weise. So sind in einigen Fällen die Verbrauchsstrukturen bestimmter Haushaltstypen nicht in die Berechnung einbezogen (z. B. Haushalte mit hohem Einkommen oder ländliche Haushalte). Bestimmte Aufwendungen der Haushalte werden ebenfalls in unterschiedlichem Ausmaß oder nach abweichenden Konzepten und Methoden berücksichtigt. Beispiele dafür sind die Aufwendungen für das Wohnen im eigenen Heim, die Aufwendungen für Gesundheit und Bildung oder die Prämien für private Versicherungen. Auch die Formeln, nach denen einzelne Preise zu Preisindizes zusammengefaßt werden, die Regeln zur Behandlung von Qualitätsveränderungen oder die Verfahrensweise und die Häufigkeit der Preiserhebung sind von Land zu Land oft unterschiedlich geregelt.

Das wichtigste Ziel eines harmonisierten Verbraucherpreisindex ist die Inflationsmessung.

Um vergleichbare Verbraucherpreisindizes zu bekommen, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eine Arbeitsgruppe und acht Unterarbeitsgruppen eingerichtet, die Regeln für die Ermittlung harmonisierter Verbraucherpreisindizes erarbeiten sollen. Das Ziel der Inflationsmessung im makroökonomischen Sinn steht dabei eindeutig im Vordergrund, nationale Zielsetzungen müssen dahinter zurückstehen. In vielen Ländern, unter anderem auch in Deutschland, wird daher ein harmonisierter Index – zumindest in der Anfangsphase – zusätzlich zu den vorhandenen nationalen Indizes berechnet werden.

Laut Entwurf einer Rahmenverordnung soll bis 1998 ein vollständig harmonisierter Index vorgeschrieben werden.

Wichtige Grundsätze für die Berechnung der harmonisierten Verbraucherpreisindizes soll eine Rahmenverordnung des Rates der EU festlegen, und über Details soll die Europäische Kommission unter Beteiligung der Mitgliedstaaten entscheiden. Der vorliegende Entwurf für die Rahmenverordnung beinhaltet unter anderem einen Zeitplan für die Umsetzung der Harmonisierung. Demnach soll bis zum März 1996 ein harmonisierter Index vorgelegt werden, der aus den vorhandenen nationalen Indizes abgeleitet wird und auf die Einbeziehung der vom Eigentümer selbstgenutzten Wohnungen, von Gesundheits- und Erziehungsdienstleistungen und anderen problematischen Bereichen verzichtet. In einer zweiten Stufe der Harmonisierung ist dann ab Januar 1997 eine gemeinsame Basisperiode zugrunde zu legen. Bis zum Januar 1998 soll nach den Vorstellungen von Eurostat ein vollständig harmonisierter Verbraucherpreisindex verbindlich vorgeschrieben werden.

Die seit 1957 in der Bundesrepublik durchgeführten Arbeitskostenerhebungen ...

EG-Arbeitskostenerhebung 1992

Die Kosten der Arbeit bilden für die Unternehmen einen wichtigen Einflußfaktor, unter anderem bei der Auswahl ihrer Produktionsstandorte. Über diese Größe geben jedoch die vierteljährlichen und jährlichen Verdiensterhebungen in Deutschland nur eine recht unvollständige Auskunft, da sie nicht die gesamten Aufwendungen der Unternehmen für ihre Beschäftigten erfassen. Zur Schließung dieser Datenlücke wurden im früheren Bundesgebiet seit 1957 besondere „Arbeitskostenerhebungen“ durchgeführt, die für die einbezogenen Arbeitnehmer die gesamten Arbeitskosten, deren Zusammensetzung und die geleistete Arbeitszeit ermitteln.

... haben zwecks Harmonisierung seit 1959 EG-Verordnungen als Rechtsgrundlage.

Zur Verfolgung der im EG-Vertrag festgelegten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele benötigt auch die Europäische Kommission Angaben über die Arbeitskosten. Um eine möglichst weitgehende Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, regelte der Rat der Europäischen Gemeinschaften die Durchführung der Arbeitskostenerhebungen durch Verordnungen. Diese haben in den Mitgliedstaaten unmittelbare Rechtskraft und bilden seit 1959 die Rechtsgrundlagen der Erhebungen in Deutschland. Nach Durchführung der ersten Erhebungen 1959 bis 1964 – jährlich alternierend zwischen ausgewählten Wirtschaftszweigen – wurden die Arbeitskosten ab 1966 zunächst in dreijährlichem, ab 1984 in vierjährlichem Abstand durchgeführt. Die Erhebung für das Jahr 1992 stützt sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 3949/92 des Rates vom 21. Dezember 1992 (Abl. EG Nr. 404, S. 7).

Der Begriff der Arbeitskosten ist auf der 11. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker 1966 in Genf für die Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation auf folgende Positionen festgelegt worden: die Verdienste in der Gliederung Entgelt für geleistete Arbeit, Vergütung arbeitsfreier Zeiten, Sonderzahlungen, Naturalleistungen

Der verwendete Arbeitskostenbegriff umfaßt zahlreiche Komponenten, aber keine Kosten des Arbeitsplatzes.

(einschließlich Wohnungsfürsorge), Arbeitgeberleistungen für die soziale Sicherheit ihrer Arbeitnehmer, Kosten der beruflichen Bildung und der Belegschaftseinrichtungen, „sonstige“ Arbeitskosten, etwa die Aufwendungen für die Anwerbung neuer Mitarbeiter, als Arbeitskosten betrachtete Steuern (wie etwa die Schwerbehindertenabgabe bei Nichteinhaltung der geforderten Schwerbehindertenquote). Da einige dieser Aufwendungsarten entweder nur einmal jährlich anfallen, wie etwa die Gewinnbeteiligungen, oder nur einmal jährlich festgestellt werden, wie z. B. die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen, muß sich die Erhebung auf ein Jahr beziehen. Diese Definition berücksichtigt in keiner Weise die Kosten des Arbeitsplatzes, wie die Ausgaben für seine Ausstattung, für Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorkehrungen, für sanitäre Einrichtungen oder Parkplätze; bei Vergleichen zwischen den Arbeitskosten unterschiedlich entwickelter Volkswirtschaften kommt aufgrund dieser Definition nicht zum Ausdruck, daß Arbeitnehmer in den Industrieländern höhere Anforderungen an die Ausstattung sowie die Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorkehrungen des Arbeitsplatzes stellen als die Beschäftigten in den weniger entwickelten Ländern.

Für 1992 wurde nach Arbeitern und Angestellten getrennt nur noch in Deutschland erhoben, ...

Erfaßt werden im Grundsatz alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Geringverdiener, Auszubildenden, Heimarbeiter oder Beschäftigten mit Unternehmerfunktion, z. B. Vorstandsmitglieder einer AG. Teilzeit- und nicht während des ganzen Berichtsjahres beschäftigte Arbeitnehmer werden in Vollezeiteinheiten umgerechnet. Bis 1988 sind im Produzierenden Gewerbe die Beschäftigten und Aufwendungen in der Gliederung nach Arbeitern und Angestellten erfragt worden. Bei der Erhebung für 1992 wurde die Untergliederung nur noch in Deutschland realisiert, in den anderen EG-Mitgliedstaaten dagegen wegen Erfassungsproblemen aufgegeben.

... erstmals auch für Angestellte die geleistete Arbeitszeit direkt erfragt, ...

Das im Berichtsjahr den Unternehmen zur Verfügung gestellte Arbeitsvolumen wird in Form der geleisteten Arbeitsstunden der Arbeiter und Angestellten erfragt. Bei den Arbeitern wurde diese Größe bereits in den früheren Erhebungen direkt erfragt, während in den vorangegangenen Erhebungen bei den Angestellten nur eine Schätzung dieser Größe aus den bezahlten tariflichen Jahresarbeitsstunden abzüglich der auf Urlaub und gesetzliche Feiertage entfallenden Stunden gefordert wurde; erst in der Erhebung 1992 wurde auch für die Angestellten eine präzise Angabe der geleisteten Arbeitszeit erfragt.

... bei Dienstleistungsunternehmen getrennt nach Niederlassungen im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern erhoben, ...

Als Berichtseinheit wurde für das Produzierende Gewerbe der Betrieb, in den anderen Wirtschaftsbereichen das Unternehmen festgelegt. Die Betriebsbefragung im Produzierenden Gewerbe soll eine genauere regionale Zuordnung der Ergebnisse bewirken, hat bei Mehrbetriebsunternehmen jedoch den Nachteil, daß deren Betriebe die ihnen zuzurechnenden Kosten von zentralen Einrichtungen, wie Betriebskrankenkassen, Aus- und Weiterbildungsstätten, Versorgungswerken der betrieblichen Altersversorgung, meist nicht kennen. Deswegen wenden sich die statistischen Landesämter in Deutschland auch im Produzierenden Gewerbe an die Unternehmen und bitten sie, gesonderte Daten für die einzelnen Betriebe zu liefern. Um bei der Erhebung für 1992 eine Vermischung der unterschiedlichen Arbeitskostenniveaus zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern in den Ergebnissen zu vermeiden, wurden die Dienstleistungsunternehmen gebeten, für die Niederlassungen im früheren Bundesgebiet sowie diejenigen in den neuen Ländern gesonderte Meldungen abzugeben.

... als zusätzlicher Bereich unter anderem das Gaststättengewerbe einbezogen ...

Seit Durchführung der ersten EG-Erhebung 1959 ist ihr Erfassungsbereich schrittweise erheblich ausgedehnt worden: In die erste Erhebung wurden nur ausgewählte Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes einbezogen, bis Ende der sechziger Jahre das gesamte Produzierende Gewerbe, im Verlauf der siebziger Jahre zusätzlich der Handel sowie das Bank- und Versicherungsgewerbe und im Jahr 1992 außerdem noch das Gaststättengewerbe sowie der Wirtschaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Da die statistischen Ämter in Deutschland 1992 bereits durch die regionale Ausdehnung der Erhebung auf die neuen Länder besonders belastet waren, wurde hier die Ausdehnung des Erfassungsbereichs auf die „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ für das frühere Bundesgebiet beschränkt.

... und die Erhebung als 20 %-Unternehmensstichprobe durchgeführt.

Eine wesentliche Kostensenkung bewirkt die Durchführung der Erhebung als Stichprobe. Im Jahr 1992 wurden knapp 20 % der zur Grundgesamtheit zählenden Unternehmen befragt. Zur Berechnung des Stichprobenplanes wird die Grundgesamtheit nach Bundesländern, Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen geschichtet. Nach den Ergebnissen der Fehlerrechnung für die Erhebung 1988 liegen die Stichprobenfehler für die wichtigsten Ergebnisse bei den bedeutenden Wirtschaftszweigen unter einem Prozent. Dagegen wurden bei einzelnen Kostenpositionen, insbesondere bei den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, größere Stichprobenfehler ermittelt.

Bei der Ergebnisdarstellung erfolgt eine erste Aufgliederung nach Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten.

In der Ergebnisdarstellung werden die Arbeitskosten in einer ersten Aufgliederung als Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten nachgewiesen. Das Entgelt für geleistete Arbeit umfaßt die Bezahlung der effektiv geleisteten Arbeitszeit (ohne Berücksichtigung der Sonderzahlungen). Bei Arbeitern ergibt sich diese Angabe durch Multiplikation des Stundenlohnsatzes mit der Zahl der geleisteten Stunden und bei Angestellten entsprechend durch Multiplikation des Monatsgehalts mit der Zahl der effektiv gearbeiteten Monate. Alle anderen Aufwendungsarten bilden die Personalnebenkosten. Der Quotient Personalnebenkosten / Entgelt für geleistete Arbeit kann als der erforderliche Zuschlag auf den Verdienst für eine geleistete Arbeitseinheit zur Kalkulation ihrer gesamten Arbeitskosten betrachtet werden. Der Begriff der Personalnebenkosten hat in diesem Zusammenhang einen rein instrumentalen Charakter.

Eurostat plant ergänzende Erhebungen für einen vierteljährlichen nach Berufen gegliederten Arbeitskostenindex.

Die Notwendigkeit dieser Erhebung wird in Deutschland nicht bestritten. Wegen der vierjährigen Periodizität und infolge der rund achtzehnmonatigen Aufbereitungszeit können die Ergebnisse jedoch nicht in der erwünschten Aktualität vorliegen. Außerdem erscheint die Gliederung der Beschäftigten nur nach Arbeitern und Angestellten nicht als ausreichend. Deswegen plant Eurostat, als Ergänzung der Arbeitskostenerhebung eine Erhebung zur Berechnung eines vierteljährlichen nach Berufen gegliederten Arbeitskostenindex einzuführen.

Veranstaltungen

Seminar über „Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)“ bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im September 1994

Berichtet wurde über das System of Integrated Environmental and Economic Accounts (SEEA) der Vereinten Nationen ...

Seit sich die Umweltpolitik immer mehr am Ziel der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) orientiert, konzentrieren sich die umweltstatistischen Arbeiten in den OECD-Ländern verstärkt auch auf die UGR. Ein Vertreter der Weltbank gab einen einführenden Bericht zur Bewertung und über Anwendungsmöglichkeiten von UGR. Im Rahmen des kürzlich veröffentlichten revidierten System of National Accounts (SNA) der Vereinten Nationen wird empfohlen, die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und dabei insbesondere das Bruttoinlandsprodukt nicht zur Darstellung von Ressourcen- und Umweltthemen zu ändern. Mit der Veröffentlichung des System of Integrated Environmental and Economic Accounts (SEEA) schlagen die Vereinten Nationen vielmehr einen umfassenden Rahmen dafür vor, wie Resource Accounting und UGR in Form von Satellitensystemen als Ergänzung zum SNA dargestellt werden könnten.

... und über UGR-Arbeiten in verschiedenen Ländern; ...

Mehrere Delegationen – unter anderem aus den USA, Japan, den Niederlanden, Mexiko und Schweden – berichteten über die Arbeiten auf dem Gebiet der UGR in ihren Ländern in ausführlichen Statements. Von deutscher Seite wurden die UGR des Statistischen Bundesamtes vorgestellt, die nach fünf Themenbereichen gegliedert sind:

1. Material- und Energieflußrechnungen, Rohstoffverbrauch, Emittentenstruktur
2. Nutzung von Fläche und Raum (Statistisches Informationssystem zur Bodennutzung – STABIS)
3. Indikatoren des Umweltzustandes
4. Maßnahmen des Umweltschutzes (Investitionen, Ausgaben)
5. Unterstellte Vermeidungskosten zur Erreichung eines Standards.

Dabei konnten in den Bereichen 1, 2 und 4 bereits gute Fortschritte erzielt werden, während man in den Bereichen 3 und 5 über allgemeine Überlegungen und Vorstudien noch kaum hinausgekommen ist. Große Aufmerksamkeit fand die Tatsache, daß sich die deutschen Arbeiten voll am Rahmen des SEEA der Vereinten Nationen orientieren und auch den PSR (Pressure, State, Response)-Ansatz der OECD erfüllen sollen.

... dort stehen Mengenangaben zu verschiedenen Umweltthemen im Vordergrund, ...

Von den ausländischen Arbeiten fanden insbesondere die niederländischen Ergebnisse das Interesse der Teilnehmer. Sie ermöglichen eine Verknüpfung von mengenmäßigen Informationen über Ressourcenverbrauch und Emissionen nach Branchen mit den wichtigsten Umweltthemen (wie z. B. Zerstörung der Ozonschicht, Treibhauseffekt usw.). Darüber hinaus bietet diese Darstellung die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Durchsetzung von bestimmten umweltpolitischen Zielen (das Einhalten von Umweltstandards) durch Modellrechnungen schätzungsweise zu quantifizieren. Auch die Arbeiten des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie mit dem Ziel, Umweltinformationen auf der Mikro- und der Makroebene zu integrieren, wurden kurz dargestellt. Insgesamt läßt sich feststellen, daß in den UGR-Versuchen der Länder im ersten Schritt weniger ein eindimensionaler Indikator wie ein „grünes“ Bruttoinlands-

produkt angestrebt wird. Vielmehr werden zunächst meist Informationen in Form von Mengenangaben zu den verschiedenen Umweltthemen gesammelt; dabei stehen in den einzelnen Ländern zum Teil unterschiedliche Umweltprobleme im Vordergrund. Lediglich bei den Maßnahmen für den Umweltschutz (hauptsächlich Investitionen, kaum laufende Ausgaben) liegen in einigen Ländern auch Wertangaben vor.

... während SEEA vornehmlich deren Integration in Wirtschaftsvariable zum Ziel hat.

Der Vertreter der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen (UNSTAT) betonte andererseits, daß die Darstellung von mengenmäßigen Umweltindikatoren im Rahmen der UGR bzw. verknüpft mit den UGR zwar nützlich, aber nicht ausreichend ist. Wenn man politische Entscheidungsträger erreichen will, müssen die Umweltthemen in die Schlüsselvariablen der Wirtschaftspolitik wie Einkommen, Produktion, Verbrauch, Kosten, Vermögen und Außenhandel integriert werden. Diese Verschmelzung ist das Endziel des SEEA.

Abschließend wurde auf dem Seminar die Meinung vertreten, daß die OECD und die anderen inter- und supranationalen Organisationen ihre Bemühungen zur Weiterentwicklung und Harmonisierung der UGR in den verschiedenen Ländern verstärkt fortsetzen sollten.

Wissenschaftliches Kolloquium „Indizes – Status quo und europäische Zukunft“

Ca. 100 Teilnehmer, je etwa zur Hälfte von innerhalb und außerhalb der deutschen amtlichen Statistik, ...

Am 10. und 11. November 1994 fand in Wiesbaden das dritte jährlich gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltete wissenschaftliche Kolloquium statt. Diese Veranstaltungsreihe soll regelmäßig ein Forum für den wissenschaftlichen Dialog zwischen amtlicher Statistik und deren wichtigsten Nutzergruppen bieten. Nach den Themen „Qualität statistischer Daten“ in 1992 und „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bewährte Praxis – Neue Perspektiven“ in 1993 hieß das Thema 1994 „Indizes – Status quo und europäische Zukunft“. Von den ca. 100 Teilnehmern dieses Index-Kolloquiums kamen etwa die Hälfte aus den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und die andere Hälfte aus Hochschulen, Ministerien, der Wirtschaft sowie der internationalen amtlichen Statistik.

... erörterten schwerpunktmäßig Fragen zur Index-Harmonisierung im Rahmen der EU.

Referenten waren vertreten aus der Universität Freiburg/Schweiz, Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Hochschule St. Gallen, Prognos AG, Deutschen Bundesbank, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und dem Statistischen Bundesamt. Erörtert wurden schwerpunktmäßig Fragen zur Harmonisierung von Indizes im Rahmen der EU, wie etwa Anforderungen an harmonisierte Verbraucherpreisindizes, Voraussetzungen und Begrenzungen für harmonisierte Preisindizes, EU-einheitliche kurzfristige Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe sowie Planung und Stand der Harmonisierungsarbeiten für Indizes in Europa. Diese Referate machten zusammen mit den zugehörigen Diskussionen insbesondere deutlich, daß die europäischen statistischen Harmonisierungsvorhaben noch einen erheblichen Aufwand in den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten erfordern werden. Ferner gab es einen Vortrag über die Bedeutung von Indizes für ökonomische Entscheidungen und theoretischer ausgerichtete Beiträge über Lebenshaltungskosten im intertemporalen und interregionalen Vergleich sowie über Unit-Value-Indizes.

Der Tagungsband erscheint im Herbst 1995.

Der Tagungsband mit den einzelnen Beiträgen wird in der zweiten Jahreshälfte 1995 in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ erscheinen. Die Tagungsbände zu den beiden anfangs genannten vorigen Kolloquien liegen als Band 25 bzw. 26 dieser Reihe bereits vor.

Veranstaltungskalender

50. Sitzung des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)

Die 50. Sitzung des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) findet vom 21. bis 29. August 1995 in Peking statt. Der nationale Organisationsausschuß und das Statistische Amt der Volksrepublik China laden alle Mitglieder des ISI und seiner Sektionen sowie alle sonstigen Interessenten zur Teilnahme an der 50. ISI-Vollversammlung ein.

Das ISI ist die älteste weltweite Statistikvereinigung und eine der ältesten internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen überhaupt. Schon seit seiner Gründung im Jahre 1885 organisiert das ISI alle zwei Jahre eine Vollversammlung, und zwar jeweils in einem anderen Land.

Zum Kreis der ISI-Mitglieder – derzeit 5 000 Statistiker aus 120 Ländern – zählen sowohl Praktiker der amtlichen Statistik als auch Wissenschaftler der verschiedensten Forschungszweige, die sich entweder unmittelbar mit der Statistik als wissenschaftlicher Methode befassen oder bei deren Forschungen statistische Methoden zum unverzichtbaren Handwerkszeug gehören. Das ISI repräsentiert somit das ganze Spektrum der Statistik und fördert auf diese Weise den wissenschaftlichen Austausch

zwischen den verschiedenen Teildisziplinen der Statistik. Um den Statistikern in aller Welt auch ein Forum für die Diskussion spezifischer Themen der einzelnen Statistikbereiche zu bieten, wurden seit den Gründertagen des ISI fünf Sektionen geschaffen, die sich speziell mit Fragen der mathematischen Statistik (Bernoulli Society), der amtlichen Statistik (IAOS), der statistischen Erhebungsmethoden (IASS), der statistischen Computeranwendungen (IASC) und der Ausbildung von Statistikern (IASE) befassen.

Im Rahmen der zweijährlichen Sitzungen bieten das ISI und seine Sektionen ein umfassendes wissenschaftliches Programm mit fast 100 Veranstaltungen zu den verschiedensten Themenbereichen an. In diesen zum Teil zeitlich parallel stattfindenden Veranstaltungen, den sogenannten „scientific meetings“, werden die einzelnen Themen in mehreren, sich ergänzenden Fachvorträgen und in einer sich daran anschließenden Diskussion erörtert. Außerhalb des eigentlichen wissenschaftlichen Tagungsprogramms wird zudem eine Reihe von Kurzlehrgängen und ein attraktives Rahmenprogramm angeboten.

Nähere Informationen zur 50. ISI-Sitzung und zu den geplanten Diskussionsthemen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe I A, Telefon (06 11) 75 - 25 02, erhältlich.

SOFTSTAT '95 –

8. Konferenz über die wissenschaftliche Anwendung von Statistik-Software

Die SoftStat-Konferenzen wurden 1981 vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) ins Leben gerufen und finden seitdem regelmäßig alle zwei Jahre statt, diesmal vom 26. bis 30. März 1995 in Heidelberg, wiederum organisiert von ZUMA. Sie befassen sich mit dem Einsatz und der Untersuchung von Methoden und Werkzeugen der Informatik für die Statistik, insbesondere mit Neu- und Weiterentwicklungen, Anwendungen, Vergleichen und Bewertungen statistischer Auswertungssysteme einschließlich der mathematischen Verfahren, welche den Software-Realisierungen zugrundeliegen. Neben den wissenschaftlichen Vortragsveranstaltungen bietet sich auch die Gelegenheit zu praktischen Software-Demonstrationen.

Weitere Auskunft erhalten Sie unter der Anschrift SoftStat '95, ZUMA, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim; Telefon: (06 21) 12 46 - 174, Telefax: (06 21) 12 46 - 100.

Pfingsttagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft

Die diesjährige Pfingsttagung der Ausschüsse „Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie“, „Neuere Statistische Methoden“ und „Statistik in Naturwissenschaft und Technik“ der Deutschen Statistischen Gesellschaft unter Beteiligung der Fachgruppe „Stochastik“ der Deutschen Mathematiker Vereinigung findet vom 7. bis 9. Juni 1995 in Dresden statt. Die lokale Organisation liegt in den Händen von Prof. Dr. Bernhard Schipp, Technische Universität Dresden, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, 01069 Dresden.

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

hrsg. vom Statistischen Bundesamt

Band 23

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

– Russische Übersetzung von Band 22 –

1993 · 275 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer 1030423-93900

Band 24

Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR

– Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin –

1993 · 136 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer 1030424-93900

Band 25

Jürgen Chlumsky, Rolf Wiegert u. a.

Qualität statistischer Daten

– Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 12./13. November 1992 in Wiesbaden –

1993 · 182 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer 1030425-93900

Band 26

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bewährte Praxis – Neue Perspektiven

– Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 11./12. November 1993 in Wiesbaden –

1994 · 116 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer 1030426-94900 · ISBN 3-8246-0389-6

Band 27

Hans Günther Merk, Gerhard Bürgin und Mitarbeiter

Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

– Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 80. Geburtstag –
1994 · 246 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer 1030427-94900 · ISBN 3-8246-0454-X

Außerdem können noch die **Bände 1, 3, 5, 6, 8** und **10** bis **22** bezogen werden.

Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik
hrsg. vom Statistischen Bundesamt

Band 1

Internationaler Workshop 1992 zur Umgestaltung der Agrarstatistik in den Staaten Mittel- und Osteuropas

1993 · 169 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer 1030501-93900

Band 2

Sabine Köhler

Bewertung des Waldes im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung

– Möglichkeiten und Grenzen –

1994 · 82 Seiten · DM 13,80 · Bestellnummer 1030502-94900

Band 5

Joachim Klaus u. a.

Umweltökonomische Berichterstattung

– Ziele, Problemstellungen und praktische Ansätze –

1994 · 244 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer 1030505-94900

Band 6

Michael Reidenbach

Öffentliche Umweltschutzausgaben als Teil der Maßnahmen im Umweltschutz

1994 · 118 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer 1030506-94900

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden

Telefon 06 11 / 75 25 18, Telefax 06 11 / 72 40 00.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.